

www.arge-ja.at

Neue Argumente

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

In dieser Ausgabe:

- **Kulturelle Vielfalt statt überall das Gleiche.**

Der Freihandel ist der Kolonialisierung neues Kleid. Eine Absage an den alles nivellierenden Fundamentalismus der Marktfreiheit
Von Hans Peter Aubauer Seite 1

- **Eine Vermögensparade für Deutschland. Eine bildliche Darstellung der Vermögensunterschiede durch eine fiktive Parade von Zwergen, Durchschnittlern und Giganten** Seite 4

- **Kein Ausbau des Risiko- AKWs Mochovce! 150 km von Wien will der italienische Stromkonzern ENEL zwei unfertige Reaktoren aus den 80er Jahren fertiggebauen.** Seite 5

- **Die ERSTE als Atombank? Keine Kredite für Atomkraftwerke! Brief an ERSTE- Generaldirektor Andreas Treichl** Seite 6

- **Holzheizungen: Arge Luftverschmutzer oder konsequente Rufbeschmutzung?** Seite 7

- **Aktuelle Meldungen: Neue Studie: Österreich hat genug Holz - Haus mit "Wärmflasche" für 100% solare Energieversorgung - Windenergie senkt Strompreise in Deutschland - Alternativer Nobelpreis für Schmeiser** Seite 7

Kulturelle Vielfalt statt überall das Gleiche

Der Freihandel ist der Kolonialisierung neues Kleid

Hans P. Aubauer, 1090 Wien Hans.Peter.Aubauer@Univie.AC.AT

I. Vereinheitlichung durch Kolonialisierung.

Früher reiste man, um fremde Länder und Kulturen kennen und lieben zu lernen. Wo immer man aber heute hinfährt, überall die gleichen Hässlichkeiten; die Landschaft zersiedelt und von Straßen zerstückelt; Reste ehemals harmonischer Ensembles inmitten gleichförmiger seelenloser Bauten; Umweltzerstörung, Abfallhalden und eine uniforme Pseudokunst, die mit ihrer zufälligen Form dem Abfall immer ähnlicher wird; ein explodierender Verkehr, der jeden Freiraum belegt; entwurzelte Menschen aus aller Herrn Länder, die ohne Bezug zum Land mit allen rechten und unrechten Mitteln um ihr Überleben kämpfen; aber auch die ausbeutenden Geschäftemacher. Ein Niedergang des Rechts, des friedlichen Miteinanders und der Familien, sowie immer mehr Angst und Gewalt. Heute finden sich Mafia-Aktivitäten auch in Deutschland und ethnische Grabenkämpfe in nahezu jeder Nachbarschaft. Die eigenständigen Traditionen, nationalen Kulturen und Geschichten werden gezielt verdrängt von einem übermächtigen globalen Lebensstil, der sich die Bezeichnung Multikultur und damit den einstmals positiv besetzten Begriff Kultur anmaßt.

Dahinter steht ein Fundamentalismus, der schon Ende des 15. Jahrhunderts geboren wurde, ausgelöst durch technische Entwicklungen in der Segelschiffahrt: Auf der einen Seite ermöglichten der Seekompass, Astrolabium und Uhr die genaue Orientierung und auf der anderen Seite erlaubte die gemischte Besegelung mit drei Masten und Heck -statt Seitenruder- das Kreuzen gegen den Wind. Erstmals konnten die küstennahen Gewässer verlassen werden; man segelte quer über die Meere und erreichte nicht nur andere Kontinente, sondern drang in sie ein und beutete sie aus. Es ging aber nicht allein darum den Bürgern der neu entdeckten Länder die Rohprodukte zu entreißen, sondern immer auch darum in ihre Kultur einzubrechen, ihr die eigene Lebensart aufzuzwingen, oder sie zu vernichten:

Noch vor dem Antritt der ersten Reise von Christoph Columbus (am 3. August 1492, auf der er am 12. Oktober 92 die Insel Guanahani der Bahamas entdeckte) erklärten sich die spanischen Herrscher (Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragon) zu Herren der Ozeanischen Meere und sicherten sich (am 17. Mai 92 im Vertrag von Santa Fe mit Columbus) wortwörtlich:



"... neun Zehntel der Waren jedweder Art zu, seien sie Perlen, Edelsteine, Gold, Silber, Gewürze und andere Dinge, die innerhalb des genannten Admiraltätsbereiches (der entdeckten Gebiete) gekauft, getauscht, gefunden und erworben werden..."

- ein Zehntel davon konnte sich Columbus behalten. Am 4. Mai des nächsten Jahres 1493 schloss sich Papst Alexander VI mit seiner "Bulle Inter cetera" an, um sicher zu gehen, daß wörtlich :

"... der katholische Glaube und die christliche Religion ... verherrlicht und überallhin verbreitet werden, daß man sich um die Rettung der Seelen bemüht und die barbarischen Völker unterworfen und zum christlichen Glauben gebracht werden... die genannten Länder und Inseln und deren Bewohner (seien) zu unterwerfen und diese mit Hilfe der göttlichen Barmherzigkeit zum katholischen Glauben zu bekehren..."

2

In der Folge wurden die Indianervölker und ihre vielfältigen Kulturen auf entsetzliche Weise vernichtet, wie dies heute im Irak, oder Afghanistan geschieht und dem dazwischen liegenden Iran droht.

II. Der Freihandel, das neue Gesicht des Kolonialismus

Damals begann der globale Kolonialismus, die Aneignung der Naturressourcen und Menschen anderer Kontinente, der heute nur sein Gesicht und seine Argumente gewandelt hat. Der Niederländer Hugo Grotius formuliert 1604 in einem Rechtsgutachten für die Niederländische Ostindien-Kompanie erstmalig die "Freiheit der Meere" (mare liberum), in denen alle Nationen das Recht hätten, sie zur Handelsschiffahrt zu nutzen. Wenn aber alles allen gehört, dann nur den brutalsten Mächtigen unter ihnen. Unzählige Kriege um die Vorherrschaft auf den Meeren waren die Folge und Kriege um Naturressourcen sind es heute. Denn aus der Freiheit der Meere ist inzwischen die Freiheit des Marktes geworden - zu Lasten unserer Freiheit, der der Menschen. Zum

Zweck ihrer Ausbeutung sollen die Menschen heute nicht dem katholischen Glauben, sondern dem Glauben an den Freien Markt unterworfen werden: Sein Glaubensinhalt könnten folgende zehn Glaubenssätze charakterisieren:

- 1) Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es den Menschen gut.
- 2) Der Wirtschaft geht es gut, wenn sie (d.h. ihr Sozialprodukt) wächst.
- 3) Wirtschaftswachstum bringen vor allem die "Komparativen Kostenvorteile" der internationalen Arbeitsteilung: Jedes Land soll nur produzieren, was ihm mit weniger Kosten gelingt, als jedem anderen, und das Übrige einhandeln.
- 4) Dazu muß der Handel grenzenlos frei und die Verkehrskosten müssen niedrig sein: Vier "Grundfreiheiten" des Handels von Waren, Dienstleistungen, Kapital und der Niederlassung sollen dies gewährleisten.
- 5) Die Politik hat nur noch für "Sicherheit und Ordnung", ausreichend niedrige Steuern und Produktionsstandards, hohe Förderungen und vor allem mit einer geeigneten Außen- und Verteidigungspolitik für billige Naturressourcen zu sorgen.
- 6) Löhne, Umweltschutz, Bildung, Arbeitsplätze und ein Sozialsystem müssen leistbar sein.
- 7) Es ist im allgemeinen Interesse, daß sich jeder Mensch nur um die eigenen Interessen und um nichts anderes kümmert.
- 8) Damit die Arbeit billig und sowohl Nachfrage als auch Sozialprodukt groß sind, müssen das Arbeitskräfteangebot und die Bevölkerungsdichte hoch sein.
- 9) Den Armen geht es besser, wenn die Reichen reicher werden, um mehr Arbeitsplätze schaffen zu können.
- 10) Aller Segen kommt von der Selbststeuerung des Marktes durch die unbehinderte Konkurrenz aller Anbieter und Nachfrager.

III. Die Wirkungen des Freihandels auf reiche Länder: einformiger Konsumismus auf Kosten anderer

Dieser globale Freie Markt bemächtigt sich immer mehr des täglichen Lebens und ersetzt national oder regional eigenständige Kulturen durch einen einheitlichen Konsumismus mit etwa fünf Folgen für reiche Industrieländer:

- 1) Die Abhängigkeit von einem überall gleichen standardisierten Konsum, der von wenigen weit entfernten Versorgungszentralen kommt: Die Kultur weicht dem Konsum, der das Leben uniformiert. Denn die importierten billigen Massenprodukte verdrängen die inländischen und erzwingen die Vereinheitlichung des Angebots von Gütern und Kulturprodukten. Nicht einmal die eigene Produktion kann sich um die Interessen der eigenen Bürger kümmern. Sie muss sich an den Interessen des großen Weltmarktes orientieren, um rentabel sein zu können. Kooperation und Engagement für die Gemeinschaft schwinden. Gleichzeitig vereinsamt der Einzelne und ist immer mehr auf sich allein gestellt. Nichts ist mehr ohne Geld zu erhalten.
- 2) Eine fremdbestimmte, entwürdigende Arbeit, um sich diesen Konsum leisten zu können: wie Sklaven werden die Tüchtigen in jungen Jahren ausgenutzt, um im Alter entlassen zu werden, wenn die Kräfte nachlassen. Weniger Tüchtige, Benachteiligte oder jene, die sich nicht so ausbeuten lassen wollen, wie ärmste Immigranten, erhalten in demütigender Weise gar keine Arbeit.
- 3) Der Mittelstand bricht weg und die Gesellschaft zerfällt in Arme und Reiche, die einander immer mehr misstrauen und bekämpfen. Äußere Zeichen dafür sind festungsartige reiche und müllartige arme Gettos.



- 4) Die Freiräume außerhalb der Arbeit und des Konsums verschwinden: Es gibt immer weniger Zeit, Kraft, Geld oder Naturerholungsräume für konsumfreie Kontakte, Zuhören, Überdenken, Lesen, Erleben oder Regeneration. Es gibt immer weniger Möglichkeiten, das gemeinschaftliche Leben mitzugestalten.
- 5) Für den Raub natürlicher Ressourcen aus anderen Ländern wird ein hoher Preis bezahlt: vor allem die Mitschuld am Elend in den armen Ländern, aber auch das militärische Engagement in ihnen, Immigration, importierte Kriminalität, Terror und Einschränkung der eigenen Freiheitsrechte zur angeblichen Terrorbekämpfung.

IV. Die Wirkungen des Freihandels auf arme Länder: Elend und Gegenwehr

In den armen, meist agrarischen Ländern bringt die Marktfreiheit dagegen:

- 1) Eine korrupte und bestochene politische Führung, die mit den reichen Ländern gegen die eigene arme Bevölkerung kooperiert: Dies bringt Haß und Gegenwehr, die von den Reichen zu Terror als gemeinsamen Feind aufgebaut werden. Gleichzeitig werden politische Führer auf jegliche Art unter Druck gesetzt, die nicht ausreichend kooperieren.
- 2) Not, Elend und Hoffnungslosigkeit der unschuldigen Zivilbevölkerung, auch durch eine Bekämpfung des selbst geschaffenen Terrors, die ihn nur noch verstärkt.
- 3) Armut aus Mangel an Naturressourcen, weil diese exportiert werden müssen: Beispielsweise muss Brasilien in großem Ausmaß Agrarprodukte ausführen und gleichzeitig Bürger hungern lassen. Brasilianische Pflanzen werden in europäischen Tierfabriken und als Biotreibstoff in

verschwendenden zu schweren und schnellen Kraftfahrzeugen vergedet. So strebt Österreich bis 2020 einen biogenen Anteil des Treibstoffs von 20% an, ohne sich zu fragen, woher er kommen soll, welche Folgen sein Import hat und wie der Treibstoffverbrauch gesenkt werden könnte.

- 4) Die Bevölkerung wächst oft stärker, als die Wirtschaft: Armut und hohe Geburtenraten schaukeln einander hoch.
- 5) Billigimporte massenproduzierter Fertigwaren aus reichen Ländern unterbieten die inländische Produktion und heben die hohe Arbeitslosigkeit weiter an: Eigene Produktionen bringen nur mit niedrigsten Löhnen, Arbeits- und Umweltstandards als Export in reiche Länder Gewinn.

Dabei gerät diese neoliberale Abwärts spirale von sich gegenseitig verstärkendem Reichtum und Armut bei gleichzeitiger Erschöpfung der Naturressourcen und wachsender Gewalt immer mehr außer Kontrolle und droht sich erst bei globalen Gesamtzusammenbrüchen wie Weltkriegen oder großräumigen Naturkatastrophen zu erschöpfen.

V. Von der nivellierenden Marktfreiheit zur differenzierenden Menschenfreiheit

Daher ist ein rasches und beherztes Umsteigen von der Freiheit des Marktes zu einer Freiheit des Menschen notwendig, die dort endet, wo dieselbe Freiheit des anderen Menschen beginnt. Die an die jeweils unterschiedlichen Traditionen anknüpfende Vielfalt eigenständiger und unverwechselbarer Kulturen in jedem Land kann nur mit seiner

Freiheit wiedergewonnen werden, die eigene Kultur selbst gestalten zu können - ohne Fremdbestimmung und Zwangsbeglückung von außen. Dies meint zumindest **fünf Freiheiten**:

- 1) Die Freiheit, die **Standards und Normen** aller im eigenen Land angebotenen Güter und Dienstleistungen selbst bestimmen zu können, also nicht nur die Produktion, sondern auch den Konsum im Inland auf die typisch eigene Weise selbst zu gestalten: Eigenwillige heimische Produkte brauchen auch ohne große Stückzahlen neue Chancen gegenüber menschenunwürdig oder umweltschädlich hergestellten oder transportierten Importen.



- 2) Die Freiheit, den **Verbrauch an Naturressourcen** der eigenen Bürger schrittweise auf das Angebot des eigenen Landes zu reduzieren bzw. auf die Menge, die mit diesem Angebot eingehandelt werden kann: Es geht nicht an, den eigenen Wohlstand aus den Naturgütern anderer Länder zu gewinnen und deren Bürgern die Möglichkeit zu rauben, dies mit ihren eigenen Naturgütern zu tun. Es gilt, keinen eigenen Beitrag mehr zum unverdienten Wohlstandesgefälle zwischen armen und reichen Ländern zu leisten. Belohnt würde dies durch die Unabhängigkeit von globalen Ressourcenverteilungskämpfen und die Entlassung aus der Verpflichtung, Wirtschaftsimmigranten aus armen Ländern aufzunehmen.

- 3) Die Freiheit zu **kostengerechten Preisen**, die umweltschädliche wie unsoziale Güter und Dienstleistungen teurer, arbeits- und wissensintensive dagegen billiger machen, ohne Veränderung des Gesamtpreisniveaus: Mit dem Flugzeug über tausende Kilometer transpor-



tierte bzw. agrarindustriell erzeugte Nahrungsmittel etwa müssen ausreichend teuer gegenüber heimischen bzw. umweltverträglich hergestellten werden. In die Produktion und den Transport eines Kilogramms dieser Importe fließen oft mehrere Kilogramm Erdöl. Mit einem relativ teuren, weil kostengerechten Verkehr würden sich nicht nur die Länder, sondern auch Regionen und Orte wieder weitgehend selbst versorgen können. Dörfer würden sich wieder mit eigenen Geschäften, Gasthäusern, Handwerk, Schulen, Post und sonstiger Versorgung füllen und den Bewohnern Einkommen bringen, die eine eigene Kultur entwickeln können.

- 4) Die Freiheit jedes Landes, seine **Bevölkerungsgröße** selbst bestimmen zu können: Damit ist die Möglichkeit gemeint, die zur mehr-

heitlich gewünschten Bevölkerungsgröße erforderlichen Rahmenbedingungen selbst zu wählen.

- 5) Letztlich wird es auch notwendig werden, sich vom immer dominanteren **Geldsystem** frei zu spielen: Etwa durch die Einführung von Ressourcenzertifikaten, mit deren Hilfe der Verbrauch von Naturressourcen genügend gesenkt und gerecht unter den Bürgern verteilt wird. Derartige Zertifikate entsprechen einer eigenen, nicht inflationären, nicht zu hortenden und an die knappste Ressource - die Natur - gebundenen Währung. Sie würde die Wirkung des Geldes auf seine wichtigste Funktion, die Tauschfunktion reduzieren.

Je später aus dem alles nivellierenden Fundamentalismus der grenzenlosen Marktfreiheit ausgebrochen und gezielt auf eine Kulturvielfalt schaf-

fende Menschenfreiheit umgestiegen wird, umso schwieriger wird dies, bis es gar nicht mehr möglich ist, weil ein überall gleicher Kampf um das nackte eigene Überleben alles andere verdrängt.

Vortrag gehalten in Feldkirch, am 2.9.2007, erschienen in: *Zeitfragen* Nr. 39, Oktober 2007 (www.zeit-fragen.ch)

(1) H.P. Aubauer, 2006, "A just and efficient reduction of resource throughput to optimum" *Ecological Economics*, 58, 637-649. www.sciencedirect.com

(2) H.P. Aubauer, 2006: "Ökologische, global-solidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus" in "Weltreligionen und Kapitalismus" (Ed.) H. Knoflacher u. a. ; echomedia Verlag Wien.

http://homepage.univie.ac.at/peter.weis/h/interessante_texte/Z%FCgelung%20des%20Kapitalismus.pdf

Eine Vermögensparade

Eine bildliche Darstellung der Vermögensverteilung für Deutschland 1998

Man kann sich die Haushalte als Personen vorstellen, die in Form einer Parade vorüberziehen. Diese Parade dauert genau eine Stunde. Ein Mensch mit einer Durchschnittsgröße von 1,75 steht für ein durchschnittliches Haushaltsvermögen von 115.600 Euro. Ein Beobachter dieser Größe betrachtet das Vorüberziehen der Parade.

In den ersten sechs Minuten sieht der Beobachter nur ein Kräuseln im nackten Asphalt, denn es ziehen Menschen vorbei, die mehr Schulden als Guthaben haben, und deren Kopf daher quasi unter den Asphalt ragt, oder sich genau in Bodenhöhe befindet, da sie kein Vermögen besitzen. Erst danach werden Winzlinge sichtbar, die nach 10 Minuten Parade 2,9 Zentimeter groß sind. Das Bild wandelt sich in den kommenden zehn Minuten kaum. Nach 20 Minuten Parade zie-

hen immer noch Zwerge von 19 Zentimetern vorüber. Nach einer halben Stunde sind es immerhin schon kleine Liliputaner mit einer Größe von 62,6 Zentimetern. Endlich - nach etwa vierzig Minuten - schreiten an unserem Beobachter Menschen mit gleicher Körpergröße vorüber.

Nun wandelt sich das Bild merklich. Das Herannahen von Riesen wirft lange Schatten voraus. Nach 50 Minuten schreiten 3,76 Meter hohe Gestalten vorüber. In der letzten Minute dieser Parade wird es unheimlich. In den ersten Sekunden dieser letzten Minute marschieren 9,63 Meter große Vermögensriesen vorüber, nach 30 Sekunden solche mit 12,71 Metern, und schließlich 42,4 Metern. Trotzdem werden diese Riesen noch weit übertroffen, wenn die reichsten Deutschen in diese Parade mit einbezogen werden. In der letzten

Sekunde marschieren Riesen vorüber, deren Schuhsohle dem Beobachter schon wie ein Hochhaus erscheint, denn diese Giganten ragen über 41 Kilometer in den Himmel hinein.*

Heute, fast ein Jahrzehnt später, sind die Vermögensunterschiede noch viel krasser geworden. Wenn man eine für Großvermögen übliche Verzinsung von 15% annimmt, wäre ein 40-Kilometer-Gigant inzwischen auf 140 km Höhe gewachsen. Wenn man andererseits die Zahlen steigender Armut in einer Gesellschaft historisch einzigartiger Produktivität betrachtet, ist klar, daß auch immer mehr Menschen nach unten 'wachsen'. Aber da handelt es sich ja nur um Zentimeter.

* Der Text oberhalb der Markierung ist frei formuliert nach: Richard Hauser, Holger Stein: "Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland." Campus-Verlag 2001, Kapitel 3.1.4.4



Ausbau des Risiko-AKW's Mochovce

Die Reaktoren des slowakische Atomkraftwerks Mochovce, 150 km von Wien entfernt, sind besonders gefährlich, weil sie keinen Schutzmantel haben.

Nun soll die Leistung der bestehenden beiden Reaktoren gesteigert werden, und zwei weitere Reaktoren mit veralteter Technik aus den 80er Jahren sollen fertiggebaut werden.

Finanziert werden soll der Bau unter anderem von der ERSTE Bank.

Im Jahr 1978 beschloß die damalige Tschechoslowakei den Bau von vier Reaktoren in Mochovce. Wegen Finanzierungsproblemen wurden die Bauarbeiten 1991 gestoppt. In Zusammenarbeit mit dem französischen Atomstromriesen EDF versuchten die slowakischen Elektrizitätswerke nun einen 9 Milliarden-Schilling-Kredit für den Weiterbau von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu bekommen. Die Bank stellte drei Bedingungen für die Vergabe des Kredites: Erstens müsse das AKW internationalen Sicherheitsstandards entsprechen, zweitens müsse es die wirtschaftlichste Lösung zur Elektrizitätsversorgung sein, und drittens müssen im Gegenzug die zwei gefährlichsten Reaktoren in Bohunice stillgelegt werden. Da keine der Bedingungen erfüllt wurde, und auch wegen der massiven internationalen Proteste, kam die Kreditvergabe nicht zustande.

Wenig später stand das nächste Finanzierungskonzept. Dabei übernahm die deutsche Regierung eine durch Steuergelder gesicherte Bürgschaft für ca. 1 Milliarde Schilling, den Wert der von Siemens gelieferten Steuerlektronik, für die der Konzern selbst kein Risiko übernehmen wollte. So konnte 1998 Reaktor 1 in Betrieb gehen, zwei Jahre später Reaktor 2. In Deutschland hätten solche Kombinationen sowjetischer Bauart mit westlicher Technik nie eine Genehmigung erhalten; aus eben diesem Grund wurde nämlich nach der Wiedervereinigung die Arbeit an dem baugleichen Reaktor Greifswald 5 in Ostdeutschland eingestellt.

Im Februar 2005 wurde der italienische Stromkonzern ENEL Mehrheitseigentümer des slowakischen Stromversorgers SLOVENSKÉ ELEKTRÁRNE. Italien ist genau vor 20 Jahren, im November 1987, durch Volksentscheid aus der Atomkraft ausgestiegen. Nun wird das Risiko, das im eigenen Land unakzeptabel, einfach ins Ausland ausgelagert. Schon hat sich ein Bankenkonsortium für die Finanzierung von 800 Millionen Euro für "Energieprojekte in der Slowakei" gefunden - ausgerechnet unter der Führung der österreichischen **Erste-Bank**, bzw. deren 100% Tochter 'Slovenska Sporitelna AS', die damit der atomkritischen Haltung der Österreicher und wohl auch der großen Mehrheit ihrer Kunden in den Rücken fällt.

Risikoreaktoren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung

Mit dem Weiterbau der Reaktoren 3 und 4 soll im nächsten Jahr begonnen werden. Der Strom kann dann durch Österreich nach Italien, einem der größten Stromimporteure Europas, geleitet werden. Denn rein 'zufällig' ist auf der nötigen Route über die Oststeiermark eine neue Hochspannungsleitung geplant.

Die Reaktoren in Mochovce sind besonders gefährlich, weil sie keinen Schutzmantel haben, der sie von außen gegen Flugzeugabstürze schützt oder im Fall einer Kernschmelze die austretende Radioaktivität auffangen könnte. Wegen des Alters der auszubauenden sowjetischen Druckwasserreaktoren aus den 80er Jahren können diese nur mit großem Aufwand auf moderne Sicherheits-

standards gebracht werden. Es ist höchst fraglich, ob das geschehen wird, in Zeiten, in denen der Götze Kostenminimierung über allem steht. Umso mehr, als der Ausbau der Reaktoren 3 und 4 ohne die heute für alle AKW-Ausbauten vorgeschriebene grenzübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung stattfindet, da sich die Betreiber auf eine formal heute noch gültige Baugenehmigung aus dem Jahr 1986 berufen.

Es gibt bis heute in der EU **keine verbindlichen Standards für die Sicherheit** von Atomkraftwerken. Nicht nach 50 Jahren EURATOM, nicht nach 13 Jahren österreichischer EU-Mitgliedschaft, die uns doch vor allem mit dem Argument schmackhaft gemacht wurde, "mitreden", "mitgestalten" zu können! Die Chance, solche Standards im Interesse aller Bewohner Europas durch ein Veto zum EU-Beitritt von Ländern mit unsicheren AKWs zu erzwingen, wurde von unserer knieweichen Regierung ebenfalls versäumt. Was bleibt, ist ein bilaterales Abkommen mit der Slowakei über Informationsaustausch und Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit.

Was Sie tun können: **Schreiben Sie einen Brief an die ERSTE Bank.** Sie können auch umseitigen Musterbrief verwenden (*als Word-Dokument auch herunterladbar auf www.arge-ja.at/herunterladen/erste.doc*) Wenn Sie Kunde der ERSTEN sind, wenden Sie sich auch an Ihren Berater. Firmen geben heute Millionen für ihre Imagepflege aus, und es wäre nicht das erste Mal, daß eine Bank sich auf Grund öffentlichen Drucks aus einem kritischen Projekt zurückzieht.

An die ERSTE Bank
Generaldirektor Andreas Treichl
Graben 21
1010 Wien



Betreff: Die ERSTE als Atombank?

Keine Kredite für die Fertigstellung von gefährlichen Reaktoren des Atomkraftwerks Mochovce

Sehr geehrter Herr Generaldirektor Treichl,

Ich habe mit großer Sorge erfahren, daß die hundertprozentige Tochter der ERSTEN, "Slovenska Sporitelna AS", die Fertigstellung der besonders gefährlichen Atomreaktoren Mochovce 3 und 4 finanzieren will, durch die Beteiligung an einer Kreditvergabe für Energieprojekte in der Slowakei.

Experten stufen das **AKW Mochovce, welches nur 150 km von Wien entfernt liegt, aufgrund der fehlenden Schutzhülle als besonders gefährlich** ein. Eine Fertigstellung der Reaktoren 3 und 4 ist sicherheitstechnisch höchst problematisch, da alte Technik der 80er Jahre mit moderner Technik zu kombinieren wäre. Der Fertigbau soll außerdem **ohne die heute übliche grenzübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung** stattfinden, da man sich auf eine formal gültige Baugenehmigung aus dem Jahre 1986 beruft. Die Atomgefahr für Österreich würde vervielfacht!

Atomenergie als Energieform setzt uns nicht kalkulierbaren Gefahren aus, wie das Beispiel Tschernobyl schrecklich gezeigt hat. Gefährliche Störfälle auch in "sicheren" westlichen Kraftwerken, wie 2006 in Forsmark/Schweden, zeigen, daß **auch die beste Technik die Fehlbarkeit des Menschen niemals kompensieren kann!**

Aber selbst bei Normalbetrieb produzieren Atomkraftwerke hoch radioaktiven Abfall, der für tausende Jahre als Hypothek zukünftigen Generationen aufgelastet wird. Da das Problem der Endlagerung bis heute technisch nicht befriedigend gelöst ist, ist auch jede seriöse Abschätzung der Kosten unmöglich.

Es geht keineswegs darum, einem souveränen Land seine Energieversorgung zu verhindern, sondern ihm ganz im Gegenteil **eine sichere und volkswirtschaftlich vorteilhafte Energieversorgung zu ermöglichen. Aber Alternativen zur Atomkraft wurden ja gar nicht in Erwägung gezogen!** Gerade Österreich hat ja bewiesen, daß beim Verzicht auf Atomkraft die Lichter nicht ausgehen. Die Erneuerbaren Energien, kombiniert mit intelligenter Technik zur Energieeffizienz, haben heute bereits das Potential, unseren Bedarf komplett zu decken.

Genau das würde ich mir von einer verantwortungsbewußten Bank erwarten, daß sie Gelder in eine gesunde und sichere Zukunft für uns alle investiert, statt in eine tödliche Gefahr. Soziales Verantwortungsbewußtsein hat die ERSTE ja schon mit ihrer für den österreichischen Markt pionierhaften Herausgabe einer Mikrokredit-Anleihe bewiesen.

Nächstes Jahr jährt sich die Volksabstimmung von Zwentendorf zum 30. Mal.

Es wäre traurig, wenn dieses schöne Jubiläum dadurch getrübt würde, daß eine österreichische Bank der Anti-Atom-Haltung der Österreicher in den Rücken fällt und Atomkraftprojekte in Österreichs Nachbarländern finanziert. Umfragen der europäischen Kommission haben gezeigt, daß auch eine klare Mehrheit der Europäer in Ost wie West gegen einen weiteren Ausbau der als gefährlich eingeschätzten Atomenergie sind. Ich als Teil dieser Mehrheit möchte Sie auffordern, sich persönlich dafür einzusetzen, daß die **Erste Bank sich aus der Finanzierung von Atomkraftwerken generell zurückzieht!**

Eine große Bank wie die ERSTE hat die Möglichkeit, durch eine verantwortungsvolle Lenkung der Geldströme in Investitionen für eine nachhaltige Energieversorgung der Gesellschaft einen wertvollen Dienst zu erweisen! Eine solche Bank bräuchte sich dann um die von Ihnen, Herr Generaldirektor, ja wörtlich angestrebte "Liebe der Kunden" nicht zu sorgen.

Über eine Antwort würde ich mich freuen!

Mit freundlichen Grüßen

(Name, Adresse, Datum, Unterschrift)



Holzheizungen: Arge Luftverschmutzer oder konsequente Rufbeschmutzung?

Immer wieder werden Holzheizungen als Feinstaub-Dreckschleudern hingestellt. Erst Anfang des Jahres sorgte eine von Tiroler Ärzten in Auftrag gegebene **Studie über die durch Holzheizungen verursachten Feinstaubbelastung im Inntal** für großes Aufsehen. Es wurde vor zahlreichen zusätzlichen Sterbefällen gewarnt, wenn weiter Ölheizungen durch Holzheizungen ersetzt würden.

Schon eine Woche später kam der Widerruf: *Ernst Fuchsig*, Umweltreferent der Tiroler Ärztekammer, gab zu, daß das verwendete Datenmaterial nicht dem Stand der Technik entsprochen habe. Holz sei, wenn es richtig verbrannt werde, weder für Umwelt noch für die Gesundheit eine Bedrohung. Dem zum Trotz wurde dieselbe Studie kürzlich nochmals von einer anderen Institution präsentiert. Tatsache ist: **Es macht einen**

Riesenunterschied, ob Holz in einem alten Scheitholzofen oder einer moderenen Pelletszentralheizung verbrannt wird. Alte Holzheizungen sind tatsächlich eine Quelle für hohe Feinstaubemissionen. Bei der Pelletstechnologie hingegen werden die Emissionen durch modernste Verbrennungstechnik und elektronische Steuerung um 90% gegenüber konventionellen Holzheizungen reduziert. Dies bestätigte nun auch *Professor Hackl*, Mitglied der Kommission für die Reinhaltung der Luft der österreichischen Akademie der Wissenschaften. *Dr. Thomas Brunner*, Bereichsleiter des Austrian Bioenergy Centre in Graz: "Wir haben Pelletsheizungen auch im Praxisbetrieb draußen beim Kunden gemessen und festgestellt, daß die Emissionen bei stationärem Volllastbetrieb, aber auch bei Teillastbetrieb im Bereich von

20 mg/m³ lagen - das ist ein extrem niedriger Wert".

Ein wesentlicher Unterschied besteht auch in der **Gefährlichkeit der verschiedenen Feinstaubarten**. Dieselfahrzeuge emittieren ausschließlich Ruß, während Holzfeuerungen bei optimalen Verbrennungsbedingungen in erster Linie anorganische, salzartige Staubemissionen aufweisen, die eine wesentlich geringere Gesundheitsschädlichkeit aufweisen als Dieselruß*.

Der Vorteil von Pellets ist, daß es sich um einen heimischen erneuerbaren Energieträger handelt, der die Abhängigkeit Österreichs von Energieimporten senken kann. Das Heizen mit Pellets ist derzeit fast um die Hälfte billiger als mit Heizöl.

**Studie Dr. Thomas Nußbaumer, Schweiz 2006*

Liebe Leser!

Danke für Ihre Initiativen zum Umweltschutzgesetz. Einige Leserbriefe sind in Zeitungen erschienen. Bis Redaktionsschluß wurde das Gesetz nicht beschlossen.

Wir dürfen noch hoffen! - Eine WTO darf wegen Importverboten von Genpflanzen die ganze EU verklagen und zu Strafzöllen verdonnern, wenn es die grenzenlose Freiheit zum Geldscheffeln einiger Konzerne verletzt. Wenn es hingegen um das Kostbarste geht, was wir haben, den Schutz des Lebens, eine gesunde Umwelt für uns und zukünftige Generationen, hat es sich ausgefordert. Da dürfen wir nur mehr hinweisen, bitten und hoffen?!

Danke auch den Menschen, die uns eine Spende geschickt haben. Wir bekommen keinerlei Förderung und sind auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Möge Ihnen die Kraft zu Hoffnung und Taten auch im kommenden Jahr 2008 erhalten bleiben - das wünscht Ihre Christiane Schmutterer

Aktuelle Meldungen

Österreich hat Holz im Überfluß

Eine neue Studie der Universität für Bodenkultur in Zusammenarbeit mit dem Lebensministerium kommt zu dem Ergebnis, daß in Österreichs Wäldern um **fast 70 Prozent mehr Biomasse vorhanden ist, als bisher angenommen**. Die nun vorliegenden Zwischenergebnisse gehen von einem jährlichen **Mehrpotenzial an Holz und Biomasse von 7,6 Millionen Erntefestmeter bis 2020** aus. Das bedeutet, daß in Österreich trotz der gesteigerten Nutzung der letzten Jahre sowohl die Waldfläche als auch der Holzvorrat weiter zugenommen hat. Biomasse wird daher zunehmend nachhaltigen und kostengünstigen Alternative zu teuren Ölimporten.

Alternativer Nobelpreis für Loise und Percy Schmeiser für "Verteidigung der Artenvielfalt"

Stellen Sie sich vor, es kommt jemand in ihren Garten, oder spaziert auf ihr Feld, und pflückt ein paar Blättchen hier und dort. Wenig später bekommen Sie eine Forderung über tausende Euros in Haus, weil auf ihrem Grundstück patentrechtlich geschützte Pflanzen der Firma XY gefunden wurden. Sie beteuern, nie Saatgut dieser Firma verwendet zu haben, aber es nützt Ihnen gar nichts: Zahlen oder Klage! So ist es dem kanadischen Ehepaar Schmeiser ergangen. Es wurde von dem Monsanto-Konzern verklagt, als auf ihren Feldern Spuren von Monsanto-Genraps entdeckt wurde. Ihre Ernte, und damit auch ihr Saatgut, wurde



beschlagnahmt. Die Schmeisers weigerten sich zu zahlen, und ließen sich auf einen Prozeß mit dem Giganten ein. Sie konnten schließlich nachweisen, daß das Saatgut des Konzerns gegen ihren Willen durch Pollenflug von Feldern des Nachbarn auf ihre Felder geraten war. Im Jahr 2004 wurden die Schmeisers zwar von den Schadensersatzforderungen freigesprochen, die Patentansprüche Monsanto's wurden allerdings grundsätzlich bestätigt. Der jahrelange Gerichtsprozess bis zum Höchstgericht brachte die Schmeisers an den Rand des finanziellen Ruins.

In der Begründung der Jury für den Alternativ-Nobelpreis hieß es, das Paar werde "für seinen Mut bei der Verteidigung der Artenvielfalt ausgezeichnet" und habe außerdem die "derzeitig ökologisch und moralisch perverse Auslegung des Patentrechtes in Frage gestellt".

8

Windenergie verbilligt Strom in Deutschland

Wenn zur Mittagszeit oder in den frühen Abendstunden der Stromverbrauch in die Höhe schnellte, müssen die Energieversorger teuren "Spitzenstrom" zukaufen. Dieser Strom kostet wegen der hohen Nachfrage oft das Mehrfache des Normalpreises. Der Preis an der Strombörse wird bestimmt durch das teuerste (kalorische) Kraftwerk, das noch hinzugeschaltet werden muß, um den Bedarf abzudecken. Es hat sich nun gezeigt, daß der Strom aus Windrädern, wenn der Wind weht, zu einer wesentlichen Senkung des

Preises für Spitzenstrom beiträgt - weil dann die teuersten, meist mit Erdgas betriebenen Kraftwerke gar nicht erst eingeschaltet werden müssen. Dieser sogenannte "Merit-Order-Effekt" ist in der Fachwelt schon lange bekannt.

Das deutsche Umweltministerium hat nun auf Grundlage einer Studie des renommierten Fraunhofer-Instituts (ISI, Karlsruhe) bekanntgegeben, daß dadurch im vergangenen Jahr Einsparungen in der Höhe von 5 Mrd. Euro erreicht wurden, was mehr ist, als sämtliche durch die Förderung der erneuerbaren Energien verursachten Mehrkosten. Ein wesentlicher Faktor dafür waren die hohen Preise fossiler Brennstoffe. Darüber hinaus wird ein volkswirtschaftlicher Nutzen durch die vermiedenen Luftschadstoffe und CO₂ Emission angeführt. Diese so durch die Ökostromförderung vermiedenen volkswirtschaftlichen Kosten werden mit 3,4 Mrd. Euro im Jahr 2006 angegeben.

In einem Land wie Österreich hingegen, wo der Ökostromanteil seit Jahren ständig sinkt, weil es kein Ökostrom-Einspeisegesetz gibt, das diesen Namen auch verdient, fügen schlecht informierte oder lobby-

gelenkte Politiker dem Land dauerhaften Schaden zu.

Das Gutachten des Fraunhofer Instituts: www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/gutachten_eeg.pdf

"Wärmflasche" fürs Haus ermöglicht ganzjähriges Heizen nur mit der Sonne

Das erste vollständig mit Sonnenenergie beheizte Mehrfamilienhaus Europas wurde am 31. August in der Schweiz in Burgdorf eingeweiht. Auf dem Dach wärmt eine 276 Quadratmeter große Solaranlage Wasser auf, das in einem hausinternen Wassertank gespeichert wird. Mit dieser "Wärmflasche" als Reserve kann das Haus über das ganze Jahr zu 100% mit Heizwärme und Warmwasser aus Sonnenenergie versorgt werden. Der Tank des gut wärmegeprägten Hauses hat ein Fassungsvermögen von 205.000 Litern, das entspricht einem Würfel von ca. sechs Metern Seitenlänge.

Bei Einfamilienhäusern wurde diese Technik schon mehrfach angewendet, hier reicht bei guter Wärmedämmung schon ein 10.000 Liter-Wasserspeicher. So sehen wirkungsvolle Rezepte zum Klimaschutz aus!

Das Projekt wurde von der Firma Jenni Energietechnik AG in Oberburg/BE verwirklicht.

Wichtiger Hinweis - Adresse überprüfen!

Bitte überprüfen Sie, ob Ihre auf dieser Seite unten aufgedruckte Adresse stimmt, und vor allem VOLLSTÄNDIG ist (Stiege, Türnummer)! Falls nicht, geben Sie uns bitte die Korrektur bekannt, da es auch bei nur kleinen Fehlern immer öfter zu Rücksendungen durch die Post kommt. Mail: arge@arge-ja.at, Tel./Fax 01-3326106

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN

P.b.b. Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinungsort Wien

**Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
1200 Wien, Pasettistr. 89/12**

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien

Tel.+Fax 01-332 6106 Internet: www.arge-ja.at, arge@arge-ja.at

Redaktion: Christiane Schmutterer, arge@arge-ja.at

Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam

Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32000 Kto. Nr.02.820,678

Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer

Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10

Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen und liegen nicht in ihrer Verantwortung.